

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2023 / Ausgabe 160 – 15. Dezember 2023



IN DIESER AUSGABE

Jahr zwei der Ampel

Luft- und Raumfahrt

Bürokratieabbau

Grundsatzprogramm

Weihnachten

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDE,

das Jahr 2023 neigt sich dem Ende zu – das zweite Regierungsjahr der links-gelben Ampelkoalition, zweifelsohne die schlechteste Bundesregierung, die unsere Republik je erdulden musste! Im ARD-Deutschlandtrend äußerten nur noch 17 Prozent der Deutschen Zufriedenheit mit der Arbeit der Ampelkoalition. Auch die persönlichen Vertrauenswerte des Kanzlers sind verheerend. Nur 20 Prozent der Deutschen sind mit der Leistung von Olaf Scholz zufrieden. Kein Kanzler war jemals unbeliebter!

Das internationale Leitmedium „The Economist“ sprach zurecht in einer jüngeren Ausgabe von „Germany’s dysfunctional three-party ruling coalition.“ Im Ausland wird Deutschland mittlerweile nur noch als Lachnummer wahrgenommen! Zuletzt fühlten sich Journalisten gar bemüßigt, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni während einer Pressekonferenz im Kanzleramt zu fragen, ob sie Deutschland angesichts der dauernden Regierungskrisen noch als verlässlichen Partner wahrnehme. Zur Erinnerung, Italien ist nach Griechenland das Land mit der höchsten Staatsschuldenquote innerhalb des Euroraums und hatte seit dem Jahr 2010 nicht weniger als acht (!) wechselnde Regierungschefs.

So weit hat es die Ampel also innerhalb von zwei Jahren gebracht. Wir werden mittlerweile mit südeuropäischen Dauerkrisenstaaten verglichen. Diese Koalition, sie schadet unserem Land und hat eigentlich schon seit Monaten fertig! Passenderweise erklärte die Gesellschaft für deutsche

Sprache „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres. 2022 stand an gleicher Stelle noch die „Zeitenwende“, die unter der Ampel leider zum wohlklingenden Luftschloss verpuffte.

Die Bestürzung über den barbarischen und menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel und seine Bevölkerung ist noch immer ungebrochen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir unerschütterlich an der Seite Israels und seiner Bürger. Deutschland hat eine besondere historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk. Die Sicherheit Israels ist ein unverrückbarer Fixpunkt in der deutschen Außenpolitik, heute wie auch morgen.

Umso mehr verstört es, wenn in Berlin ein islamistischer Mob die abartigen Gewalttaten seiner geistigen Brüder in Nahost bejubelt und sich mit der Polizei Straßenschlachten liefert. Zugleich wird in radikalen Moscheen zur Auslöschung Israels aufgehetzt, der eigentlichen Bedeutung der Kampfparole "Free Palestine".

Hassparolen, verbrannte Israelflaggen, geschmierte Davidsterne an Häuser, der versuchte Brandanschlag auf eine jüdische Gemeinde in Berlin, ein vereitelter LKW-Anschlag auf eine Pro-Israel-Mahnwache im Ruhrgebiet: Das ist die bittere Realität Deutschland 2023. Immer wieder ganz oben in den Schlagzeilen: Das Berliner Problemviertel Neukölln. Zehn Monate nach den Neujahrskrawallen hat sich der gewalttätige Haufen aus der Silvesternacht unter dem Banner der Hamas neu formiert und politisch wie religiös

radikalisiert. Währenddessen versammeln sich dutzende arabische Männer vor dem Brandenburger Tor zum muslimischen Massengebet. Eine friedliche Form der Religionsausübung? Keineswegs, viel mehr eine Machtdemonstration des politischen Islams im Herzen unserer Hauptstadt.

So sehr uns das schockieren mag, überraschend kommt es nicht. Die fehlgeleitete Migrationspolitik seit 2015 und die starrsinnige rot-grüne Arbeitsverweigerung beim Thema Abschiebungen haben uns hier hingeführt. Unser Generalsekretär Carsten Linnemann hat darum vollkommen recht, wenn er attestiert, dass viel zu lange weggeschaut wurde! Was es jetzt braucht, ist eine „Zeitenwende“ in der Migrations- und Integrationspolitik. Straftäter, Gefährder und fanatische Antisemiten ohne deutschen Pass gehören schnell und konsequent abgeschoben, völlig egal woher sie kommen. Die Verantwortung vor Israel und die Sicherheit jüdischen Lebens im In- und Ausland sind Teil unserer deutschen Identität! Wer das nicht respektiert, der muss gehen!

Lesen Sie außerdem in meinem 160. Hauptstadtbrief, was die Chaos-Ampel alles in ihrem zweiten Regierungsjahr angerichtet hat, welche Höhepunkte wir 2023 im Bereich Luft- und Raumfahrt bestaunen durften, wie wir als Unionsfraktion den Bürokratieabbau vorantreiben und wie sich die CDU inhaltlich erneuert.

JAHR ZWEI DER AMPEL

Das Jahr 2023 geht mit dem Knall des verkorksten Ampel-Haushalts zu Ende. Üblicherweise sind Jahresrückblicke die Gelegenheit, Vergangenes zu erinnern, gerne mit einem Augenzwinkern, Gutes zu loben und Verbesserungswürdiges zu reflektieren. Dieses Jahr ist der Jahresrückblick so gemischt wie wohl selten zuvor. Sicher, ein Jahr ist vergangen, und Spuren hat es definitiv hinterlassen. Zumindest bezogen auf die Bundesregierung jedoch keine guten Spuren.

Der Winter 2022/23, geprägt von der politisch mitverursachten Energiemangel- lage, hatte erst so richtig begonnen, da zog die Ampel der ehemaligen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht den Stecker. Lambrecht, dieser Name steht bis heute für nicht vorhandenes politisches Fingerspitzengefühl, totale Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Truppe und das Vergeigen der Zeitenwende. Fairerweise muss man sagen, nicht nur Lambrecht, auch ihr SPD-Kollege Bundeskanzler Scholz sowie der Rest

der linksgelben Bundesregierung haben die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr auf dem Gewissen. Dabei tobte der Ukrainekrieg, der russische Angriff auf die territoriale Integrität der Staaten des europäischen Kontinents zu Beginn 2023 bereits seit einem Jahr.

Stecker raus, das war auch im Frühling das Motto. Mit einem blauen Auge einem Heiz- und Energiefiasko im Winter entkommen, schaltete die Ampel die letzten drei Atomkraftwerke ab. Kam Hochmut vor dem Fall? Wie die wirtschaftliche Lage Deutschlands zeigt, eindeutig ja! Immer mehr Unternehmen ächzten unter den Energiepreisen, der Industriestandort als Ganzes war und ist in Gefahr. Mit einem um 0,6 % geschrumpften Bruttoinlandsprodukt ist Ampeldeutschland der Verlierer des Wirtschaftsjahres. Im weiteren Jahresverlauf bewies die Ampel jedoch, dass weder Ochs noch Esel den Ökosozialismus in seinem Lauf, pardon, natürlich ihren anvisierten Kurs, aufhalten können.

Ein Thema, welches der Union besonders am Herzen liegt, ist die Familie. Familie lag auch Robert Habeck am Herzen, zumindest die Familie Graichen, die Deutschlands mächtigster Kinderbuchautor großzügigst in seinem ehemals als Wirtschaftsministerium bekannten Planwirtschaftsministerium beschäftigte. Der grüne Filz wucherte beständig, aller medialen Kritik zum Trotz. Letzten Endes konnte aber auch die Nibelungentreue des Wirtschaftsministers die Graichen-Clanmitglieder nicht schützen und Graichen musste gehen.

Wer im Frühsommer dachte, ein Halbjahr voller Skandale reiche dereinst aus, um eine Regierungskoalition zur Besinnung zu bringen, der sah sich getäuscht. Trotz aller lang schwelenden und auf die Straße getragenen Kritik an Habecks Heizungsgesetz peitschte die Ampel dieses Wohlstands- und Eigenheimvernichtungsgesetz durch den Bundestag. Ist es Verblendung, Unfähigkeit oder die Sucht nach dem Shitstorm-induzierten Adrenalinkick, der die Ampel von Fettnäpfchen zu Fettnäpfchen trägt? Dass die arbeits- und unternehmerfeindliche Ampel-Politik dafür sorgt, dass Deutschland die Handwerker und Fachmänner fehlen, dieses Wahnsinnsgesetz tatsächlich umzusetzen, das sei nur nebenbei angemerkt. Dennoch zeigt der Heizungshammer wie kaum ein Regierungsvorhaben in dieser Legislatur, wie weit die Ampel in die bürgerlichen Freiheiten einzugreifen bereit ist, um ihren Gesellschaftsumbau durchzudrücken.

Ein Dilemma vor dem Hintergrund dieser ökotransformatorischen Ziele stellt

nun zum Jahresende das Haushaltsdebakel dar. Ist es gut, dass diese Bundesregierung sich selbst Knüppel zwischen die Beine schmeißt und damit die Umsetzung ihrer schädlichen Politik torpediert? Oder ist es einfach nur noch peinlich, dass die Ampel handwerklich nicht in der Lage ist, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen? Deutschland ist nach einem verkorksten 2023 wieder der kranke Mann Europas, und das bereitet mir Sorge.

Das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Schattenhaushalte und Schuldenbremse begrüße ich ausdrücklich. Dass die Regierungskoalition eines demokratischen Rechtsstaates nicht benötigte Kreditermächtigungen zweckfremd in eine als Klimatransformationsfonds deklarierte Privatschatulle des Vizekanzlers verschiebt, das ist mehr als dreist. Als Union haben wir die Ampel schon damals vor diesem verfassungswidrigen Vorgehen gewarnt, und das Bundesverfassungsgericht hat uns jetzt Recht gegeben. Zu dumm für die Ampel, dass mit den Milliarden aus Habecks Privatschatulle alle Differenzen der strukturell inkompatiblen Parteien mit Geld zugeschüttet werden sollten. Das Ergebnis konnten wir in den letzten Wochen in Form brutalster Verteilungskämpfe betrachten. Was im linksgelben koalitionären Gezänk dabei leider unterging ist die Tatsache, dass Deutschland auch ohne die verfassungswidrig verschobenen Corona-Milliarden kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat! Wir eilen von Rekordsteuereinnahmen zu Rekordsteuereinnahmen, für 2023 insgesamt 916,1

Mrd. Euro. Wir kratzen an der Billionengrenze! Und dennoch bekommt die Ampel den Rachen nicht voll. Dringend benötigte Priorisierungen und ja, auch Kürzungen, vor allem beim völlig aus dem Ruder laufenden Sozialetat, Stichwort Bürgergeld? Fehlanzeige! Stattdessen präsentiert die Ampel nun eigene „Sparvorschläge.“ Was sich dabei hinter dem Begriff „Abbau klimaschädlicher Subventionen“ verbirgt, ist nichts anderes, als ein weiteres bürgerfeindliches Programm zur Erhöhung der Staatseinnahmen. Die CO₂-Steuer wird steigen. Das spült Milliarden in die Staatskasse. Die Pläne sehen vor, dass künftig pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid nicht mehr 30 Euro, sondern 45 Euro verlangt werden. Dadurch steigen die Preise für Gas und Heizöl. Durch die höhere CO₂-Abgabe werden auch Diesel und Benzin teurer. Aktuell müssen Autofahrer beispielsweise pro Liter Diesel oder Benzin umgerechnet neun Cent CO₂-Steuer bezahlen. Die von der Koalition geplante stärkere Anhebung des CO₂-Preises schlägt auch auf die Spritpreise durch. Nach Berechnungen des ADAC wird der Liter Benzin dadurch um 1,4 Cent verteuern. Diesel-Fahrer müssen mit zusätzlichen 1,6 Cent gegenüber den ursprünglichen Planungen rechnen, so dass sich der Liter Diesel um rund 4,7 Cent gegenüber 2023 verteuern dürfte. Außerdem plant die Ampel auf innerdeutsche Flüge nun auch die Energiesteuer zu erheben, wodurch Flugtickets absehbar teurer werden und die Attraktivität des deutschen Luftverkehrsstandorts insgesamt sinkt. Bei all diesem Mehr an Belastungen fragt man sich wirklich,

wo eigentlich die FDP bei den Verhandlungen war. Sicher, die Schuldenbremse soll pro forma im kommenden Jahr nicht ausgesetzt werden. Angesichts der Tatsache, dass die Ampel aber plant, den von der Schuldenbremse zugelassenen Verschuldungsrahmen von dutzenden Milliarden im kommenden Jahr voll auszuschöpfen, kann von einem ausgeglichenen Haushalt keine Rede sein!

Der Blick nach links offenbart jedoch auch eine gute Entwicklung: Die Linke im Bundestag ist bald Geschichte! Sarah Wagenknecht ist mit ihren Getreuen aus der Fraktion ausgetreten und bereitet eine neue Parteigründung vor. Am 6. Dezember, pünktlich zum Nikolaus, wurde die Linksfraktion abgewickelt. Damit zersplittert das steinzeitkommunistische Lager. Eine gute Entwicklung, denn die bloße Tatsache, dass die Erben der SED, des mörderischen Mauerregimes im Bundestag eine Fraktion bildeten, war eine Schande für unser Land!

Eine schwache Bundesregierung bot natürlich aber auch die Chance für uns als Union, unser Profil nach den langen Jahren der Regierungszeit und der Kompromissfindung mit linken Parteien zu schärfen. Und so ist 2023 aus Sicht der CDU kein schlechtes Jahr gewesen. Wir haben viele gute Anträge gestellt und konstruktive Oppositionsarbeit geleistet. Wir haben Druck auf die Ampel ausgeübt, ihre Migrations-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik neu auszurichten. Manchmal gelang es uns, Schlimmeres zu verhindern, oft hielt die Ampel allerdings starrsinnig an ihrer realitätsfernen Politik fest.

Auch die CDU in meiner Hessischen Heimat und die CDU im Rheingau-Taunus hatten ein gutes Jahr. Im März wurde Sandro Zehner zum Landrat im Rheingau-Taunus gewählt. Die erste Bilanz nach seiner Übernahme fällt durchweg positiv aus. Zehner ist ein Landrat, der den Kreis und die Menschen kennt, langjährige Verwaltungserfahrung als Taunussteiner Bürgermeister sammeln konnte und dem Landkreis sehr gut tun wird. Dass ihm der seitherige Niederrhain-Bürgermeister, unser Kreistagsfraktionsvorsitzender Joachim Reimann im Taunussteiner Rathaus nachfolgt, rundet den Erfolg ab. Auch die CDU Hessen krönte ein erfolgreiches Jahr mit einem erfolgreichen Wahlkampf. Bei der Landtagswahl im Oktober wurde die CDU mit 34,6 % deutlich stärkste Kraft, ein eindrucksvoller Vertrauensbeweis für unseren Ministerpräsidenten Boris Rhein. Als klarer Wahlsieger nahmen wir dann auch die Chance wahr, die Grünen aus der Landesregierung zu schmeißen. Damit setzt Hessen ein Beispiel für die anderen Bundesländer und den Bund. Die Menschen sind die Umerziehungs- und Bevormundungsorgien der Grünen in Regierungsverantwortung schlicht leid!

LUFT- UND RAUMFAHRT

Auch im Bereich der Luft- und Raumfahrt neigt sich ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. Ein herausragendes Highlight 2023 war zweifelsohne der erfolgreiche Start des deutschen Heinrich-Hertz-Kommunikationssatelliten am 6. Juli. Die Heinrich-Hertz-Mission, die von der Deutschen Raumfahrtagentur im DLR in Bonn geleitet wird, erfolgt im

Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und unter Beteiligung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg). Die Mission markiert nicht nur einen technologischen Erfolg, sondern hebt auch die enge Zusammenarbeit zwischen Forschung, Wirtschaft und Verteidigung hervor. Die Beteiligung des BMVg unterstreicht die Bedeutung der Raumfahrt nicht nur im zivilen, sondern auch im sicherheitsrelevanten Kontext. Heinrich Hertz ist seit zwanzig Jahren der erste Kommunikationssatellit, der komplett in Deutschland entwickelt wurde. Er ist etwa so groß wie ein Kleinbus und soll 15 Jahre im All verbringen. Diese Mission ist ein Beispiel für die herausragenden Errungenschaften, die durch die engagierte Arbeit der Akteure in der deutschen Luft- und Raumfahrtbranche erreicht werden können.

Zugleich markierte der Launch von Heinrich-Hertz eine Zäsur. Zum 117. und damit letzten Mal beförderte eine Ariane-5-Rakete den Satelliten ins All. Damit endet eine europäische Erfolgsgeschichte. Seit 1998 hat die Ariane 5 eine Vielzahl von Satelliten ins All befördert, darunter sehr bedeutende wissenschaftliche Missionen. Eine dieser Missionen war "Rosetta", bei der erstmals eine Sonde auf einem Kometen landete. Seit 2018 ist die Sonde "BepiColombo" auf dem Weg zum sonnennächsten Planeten, dem Merkur, mit dem Ziel, 2025 einzutreffen und Informationen über die Oberfläche, das Magnetfeld und den Kern des Planeten

zu sammeln. Im Jahr 2021 wurde das James-Webb-Weltraumteleskop mit einer Ariane 5 so präzise und treibstoffsparend gestartet, dass die Laufzeit der Mission voraussichtlich mehr als verdoppelt werden konnte.

Leider fehlt uns mit dem Start der letzten Ariane 5 temporär ein souveräner europäischer Zugang zum All. "Wer hoch hinaus will, muss unten anfangen", heißt ein typischer Kalenderspruch. In der Raumfahrt gilt das besonders. Ohne eigene Trägerrakete ist man im besten Fall von ausländischen kommerziellen Anbietern abhängig, im schlechtesten Fall bleibt das eigene Gerät schlicht am Boden. Umso mehr freut es mich, dass wir für das kommende Jahr den lange ersehnten Erstflug der Ariane 6 erwarten dürfen. Die Ariane 6, das neu entwickelte Schwerlastträgersystem der ESA, wird durch ihren Erstflug zwischen dem 15. Juni und 31. Juli den eigenständigen europäischen Zugang zum Weltraum wiederherstellen. Durch die Möglichkeit eines Neustarts der Oberstufe der Ariane 6 kann Europas Startkapazität flexibel auf die Anforderungen verschiedener Nutzlastmissionen angepasst werden. Diese selbständige Fähigkeit, die Erdumlaufbahn und den tiefen Weltraum zu erreichen, unterstützt Europas Navigations-, Erdbeobachtungs-, Wissenschafts- und Sicherheitsprogramme.

Auch in den Gewichtsklassen unterhalb der Ariane 6 tut sich einiges. In Deutschland konkurrieren gleich drei Unternehmen – Isar Aerospace aus München,

Rocket Factory Augsburg (RFA) und HyImpulse aus der Nähe von Heilbronn – darum, mit Kleinraketen, auch als Microlauncher bekannt, in absehbarer Zukunft Satelliten für Kunden ins All zu befördern. Ich bin gespannt, welche Entwicklungen uns im kommenden Jahr erwarten. Gleiches gilt im Übrigen für einen potenziellen schwimmenden Welt-raumbahnhof in der Nordsee. Die German Offshore Spaceport Alliance (GOSA) führt ihre erste Demonstrationsmission durch und nimmt den nächsten bedeutenden Schritt in Richtung Realisierung eines deutschen Weltraumhafens in der Nordsee. Der erste Start ist bereits für das kommende Frühjahr geplant.

Auch 2023 bewegte uns der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zum Beweis unserer eigenen Wehrhaftigkeit und im Zeichen der Zeitenwende war Deutschland im Juni 2023 Gastgeber der Übung „Air Defender 2023“. Zwei Wochen lang trainierten 25 Nationen mit 250 Flugzeugen und über 10.000 Soldaten bei Air Defender 2023. In geopolitisch turbulenten Zeiten setzten die Luftwaffe und ihre Partnerstreitkräfte damit ein starkes Zeichen der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit unserer nordatlantischen Allianz.

Ein tolles Zeichen im Bereich der zivilen Luftfahrt: Erst vor einigen Tagen, Ende November 2023, flog eine vollständig mit SAF (Sustainable Aviation Fuel) angetriebene Passagiermaschine über den Atlantik. Die Boeing 787 Dreamliner der

Fluglinie Virgin Atlantic hob vom Londoner Flughafen Heathrow ab und landete nach regulärer Flugzeit sicher in New York. Ein schönes Zeichen für Fortschritt und Zuversicht – die Zukunft der Luftfahrt, sie beginnt jetzt!

BÜROKRATIEABBAU

Während unter der links-gelben Regierung die Wirtschaft immer weiter schrumpft und die Inflation unverändert hoch bleibt, hat ein Bereich weiterhin Hochkonjunktur: Der Bürokratieaufbau. Durch die Ampel-Politik werden die Wirtschaft und Bürger in wirtschaftlich ohnehin schwierigen Zeiten noch zusätzlich massiv überlastet.

Trotz dringenden Bedarfs haben die Abgeordneten der Ampel gegen die Einführung einer effektiven „Bürokratiebremse“ gestimmt. Mit der Mehrheit der Ampelfraktionen und der Linken wurde unser Antrag mit dem Titel „Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen – Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie“ abgelehnt. Mit der Ablehnung unseres Antrags, zeigt die Ampel Ihren Unwillen, schnell und effektiv Bürokratie abzubauen.

Knapp 1.800 Bundesgesetze mit mehr als 50.000 Einzelnormen gelten aktuell in Deutschland – Tendenz steigend! Bürokratie stellt nicht nur ein großes Ärgernis für Bürger und Unternehmen dar, sondern entwickelt sich zunehmend und inzwischen auch messbar zum

Standortnachteil und Wachstumsbremse.

In den vergangenen Legislaturperioden haben die unionsgeführten Bundesregierungen, trotz ständiger Blockadehaltung des damaligen Koalitionspartners (SPD), den Bürokratieabbau konsequent vorangetrieben. Allein das dritte Bürokratieentlastungsgesetz, das am 01. Januar 2020 in Kraft getreten ist, entlastet die Wirtschaft um mehr als 1,1 Milliarden Euro pro Jahr. Das Unternehmensbasisdatenregistergesetz war dabei eines der Kernprojekte in Sachen Bürokratieabbau, der CDU/CSU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode und ist Voraussetzung für das „Once-Only-Prinzip“. Das "Once-Only-Prinzip" besagt, dass Informationen von Bürgern und Unternehmen nur einmal erfasst werden sollen und dann von den zuständigen Behörden wiederverwendet werden können. Das Ziel besteht darin, die Effizienz in der Verwaltung zu steigern und den Aufwand für Bürger und Unternehmen zu reduzieren, indem wiederholte Dateneingaben vermieden werden.

Bei der von der Ampel durchgeführten Änderung des Unternehmensbasisdatenregistergesetzes haben wir gezeigt, wie konstruktive Oppositionsarbeit geht. Die Ampel hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, den wir grundsätzlich für richtig gehalten haben. Im Zuge der öffentlichen Anhörung, die vom Rest des Ausschusses zunächst belächelt wurde, haben wir den Gesetzentwurf noch verbessert, indem

wir dafür gesorgt haben, dass per Verordnungsermächtigung auch die vergessenen Register noch nachgeführt werden können.

Unter anderem fordern wir in unserem Antrag auch, dass eine Bürokratiebremse bei der Einstellung neuer Mitarbeiter in der Bundesverwaltung eingeführt wird, die im Grundsatz vorsieht, dass für jeden neuen Beschäftigten eine gleichwertige Stelle an anderer Stelle gestrichen werden muss. Dies dient als Selbstverpflichtung für die Politik, nicht immer neue Aufgaben für die Verwaltung zu schaffen, ohne an anderer Stelle Bürokratie abzubauen. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung trotz Haushaltskrise mit 250 Mitarbeitern zum Betriebsausflug nach Dubai zur Weltklimakonferenz gereist ist, wird die dringende Notwendigkeit unserer Forderung deutlich! Meine Bundestagsrede zu unserem Antrag finden Sie hier:

<https://dbtg.tv/cvid/7604268>

GRUNDSATZPROGRAMM

Kürzlich stellte unser CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann den vom Bundesvorstand gebilligten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vor. Die Schwerpunkte: Vernunft in der Migrationspolitik, Leitkultur, Heimatverbundenheit, Freiheit in Verantwortung, marktwirtschaftlicher Erfolg! CDU pur also, ein toller Erfolg!

Im Grundsatzprogramm setzen wir auf klare Maßnahmen für eine sichere und

geordnete Einwanderungspolitik. Mit dem Konzept der sicheren Drittstaaten präsentiert die Partei eine effektive Lösung. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, wird in einen sicheren Drittstaat überführt, um dort sein Verfahren zu durchlaufen. Bei positivem Ausgang gewährt der sichere Drittstaat vor Ort Schutz. Die CDU will die Handlungsfähigkeit Deutschlands stärken, indem sie eine umfassende vertragliche Vereinbarung mit sicheren Drittstaaten anstrebt. Nach erfolgreicher Implementierung dieses Konzepts wird eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aufnehmen und auf die Mitglieder verteilen. Mit einem humanitären Kontingent wird gleichzeitig eine Obergrenze für den Zuzug festgelegt, um eine kontrollierte Einwanderung zu gewährleisten.

Deutschland ist unsere Heimat, und die wollen wir erhalten. Daher ist auch das Bestehen auf die Achtung unserer deutschen Leitkultur eine Selbstverständlichkeit. Die CDU setzt auf klare Werte und Prinzipien, die die Grundlage für ein starkes und integriertes Deutschland bilden. Alle, die hier leben wollen, müssen ohne Wenn und Aber die deutsche Leitkultur anerkennen. Das beinhaltet die Achtung der Würde jedes Menschen, der Grund- und Menschenrechte, des Rechtsstaats, des Respekts und der Toleranz sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Wir fordern, dass nur diejenigen, die sich uneingeschränkt zur deutschen Leitkultur bekennen, die Chance haben, sich zu

integrieren und deutsche Staatsbürger zu werden. Der Kampf gilt denjenigen, die Hass und Gewalt schüren sowie eine islamistische Ordnung anstreben. Wir stellen klar: "Die Scharia gehört nicht zu Deutschland."

Patriotismus muss gelebt werden. Daher planen wir ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle Schulabgänger auf Grundlage einer einheitlichen Regelung. Dies stellt eine bedeutende Chance dar, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv einzubringen. Zudem sieht der Entwurf vor, dass jedes Kind im Alter von vier Jahren einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest ablegt. Dieser Schritt dient dazu, die sprachliche Entwicklung von Kindern frühzeitig zu fördern und eine solide Grundlage für ihre Zukunft zu schaffen.

Mit dem vorliegenden Grundsatzprogramm positioniert sich die CDU klar als bürgerliche Kraft der Vernunft, der Werte wie Heimat und Vaterland besonders am Herzen liegen. Ebenso liefern wir mit dem Grundsatzprogramm einen Gegenentwurf zum ökotransformierten Ampeldeutschland, welches wirtschaftlich schwach und gesellschaftlich ausgelaut ist.

WEIHNACHTEN

Die Weihnachtstage möchte ich im Kreis meiner Familie verbringen. Bei all dem Stress und den Belastungen sollten wir

die Zeit, die wir mit unseren Liebsten genießen, kostbar schätzen.

Verabschieden möchte ich mich mit einem Weihnachtsgedicht von Theodor Storm, das meinen Mitarbeitern und mir sehr gut gefällt, und auf die Weihnachtstage einstimmt.

*Vom Himmel in die tiefsten Klüfte
Ein milder Stern herniederlacht;
Vom Tannenwalde steigen Däfte
Und hauchen durch die Winterlüfte,
Und kerzenhelle wird die Nacht.
Mir ist das Herz so froh erschrocken,
Das ist die liebe Weihnachtszeit!
Ich höre fernher Kirchenglocken
Mich lieblich heimatlich verlocken
In märchenstille Herrlichkeit.
Ein frommer Zauber hält mich wieder,
Anbetend, staunend muss ich stehn;
Es sinkt auf meine Augenlider
Ein goldner Kindertraum hernieder,
Ich fühl' s ein Wunder ist geschehn.*

Theodor Storm (1817-1888)

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich schöne Weihnachtstage, Glück, Gesundheit und Gottes Segen. Kommen Sie gut und gesund ins neue Jahr!

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>